

Leitfragen für das 4. Forum „Fair statt prekär“

1. Was ist passiert und welche Folgen hat es?

- Wie hat der Finanzmarktkapitalismus die Arbeitsbedingungen weltweit verändert?
- Was hat der „Casinokapitalismus“ mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemacht?
- Welche Folgen hatte die betriebliche Kurzfriststrategie für Ausbildung, Qualifizierung und Beruflichkeit gehabt?
- Welche Veränderungen (internationale Politik und Machtverhältnisse) liegen dem Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugrunde?
- Warum werden immer mehr Berufe zu „Jobs“?
- Was sind die Ursachen für die weltweit steigende Arbeitsmigration?

2. Wer ist verantwortlich?

- Warum sollten in Deutschland Arbeitsverhältnisse flexibilisiert werden? Und wie wurde diese Strategie von der Politik flankiert?
- Welchen Einfluss nahm die EU auf die Arbeitsbedingungen (Entsende-Richtlinie, Arbeitszeit-Richtlinie, EuGH-Urteile) in Europa?
- Wie werden Beschäftigte in Deutschland, Europa und weltweit in der Lohndumping-Spirale gegeneinander ausgespielt?

3. Welche Mittel sollten zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden?

- Wie können Arbeit und Einkommen gesichert werden?
- Welche Instrumente zur Krisenbekämpfung haben sich bewährt (z. B. Kurzarbeit)?
- Welchen Beitrag müssen die Beschäftigten, die unter Reallohnverlust und prekärer Beschäftigung litten, zur Krisenbewältigung leisten?
- Welche Möglichkeiten bietet die Arbeitslosenversicherung zur Krisenbewältigung?

4. Wie verhindern wir neue Krisen?

- Welche nationalen und internationalen Reformen sind notwendig, damit individuelle Sicherheit vor der Flexibilität in der Arbeitswelt gestärkt wird?
- Ist mehr Arbeitszeitsouveränität eine Mittel gegen die Krise?
- Wie können Qualifizierungs- und Innovationsprozesse auf betrieblicher Ebene angestoßen werden?

1. Was ist passiert und welche Folgen hat die Krise?

Markus Breitscheidel:

In einer ersten subjektiven Betrachtung ist der Ursprung der so genannten Finanzkrise im Subprime Kreditmarkt der amerikanischen Banken zu sehen. Im Wesentlichen hat man hier Kredite an Menschen mit zu geringer Absicherung vergeben. Als nun nach einer Zinsniedrigphase nach der bekannten Dotcomkrise die Hypothekenzinsen in den letzten Jahren stark angestiegen sind, waren viele dieser Kreditnehmer nicht mehr in der Lage ihre Kredite zu bedienen. Die als Sicherheit viel zu hoch bewerteten Immobilien verloren gleichzeitig an Wertigkeit, sodass die ohnehin zu geringe Absicherung immer mehr an Wert verlor. Als Folge hieraus stehen viele dieser Immobilien zum Zwangsverkauf und deren Besitzer verloren ihren Wohnsitz.

Nach der bekannten Bierdeckeltheorie eines Kapitalismusexperten geschah alles wie folgt:

In meiner Stammkneipe vergibt unser Wirt sehr gerne Kleinkredite, indem er die offenen Beträge auf einem Bierdeckel verzeichnet. Jetzt gibt es bei uns im Dorf einige Kneipenbesucher bei denen man sich sicher sein kann, dass deren Bierkonsum in den nächsten Jahren konstant oder sich steigern wird. Als dem Wirt bei einigen Kunden klar wurde, dass diese aufgrund des ungezügelter Konsumverhaltens und drohender Beschäftigungslosigkeit, wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden den Deckel zu begleichen – verkaufte er diese Bierdeckel an solvente Kunden. Diese versprachen sich von dieser Investition eine zusätzliche Kapitalanlage für die Altersvorsorge. Doch nun waren immer mehr Kunden gezwungen einen Deckelkredit aufzunehmen und der Wirt erhielt immer weniger Bargeld, sodass er eines Tages die Brauerei nicht mehr bezahlen konnte. Erst als die Brauerei die Bierlieferungen einstellte brach das ganze System zusammen und auch die Deckel verloren ihren Wert.

Alexandra Wagner:

In Deutschland haben wir in den letzten Jahren eine Überlagerung mehrerer Trends beobachten können: eine Politik der Deregulierung, die Umsetzung neuer Managementkonzepte in den Unternehmen und Veränderungen bei den Erwerbswünschen der Beschäftigten und Arbeitsuchenden.

Die Politik der Deregulierung widerspiegelt sich in der Aufweichung arbeitspolitischer Standards, im Abbau des Sozialstaates, der Legitimierung der Stärkung der Marktkräfte, in der Tendenz zur Privatisierung bislang öffentlicher Bereiche, einer fortschreitenden Unterwerfung nahezu aller Lebensbereiche unter Markt und Wettbewerb.

Unternehmenspolitik orientierte sich in einer vom Finanzmarkt dominierten Phase der Globalisierung zunehmend an kurzfristigen Renditen und weniger an einer auf Innovationsstrategien basierenden langfristigen Unternehmensentwicklung. Die Orientierung auf mehr Wettbewerb bei möglichst niedrigen Kosten ging einher mit der Unterordnung der Beschäftigteninteressen unter die Renditeorientierung, wobei die in den Betrieben beschäftigten Menschen tendenziell auf die Funktion von Produktionsfaktoren reduziert wurden. Arbeitsbedingungen sind zunehmend durch maßlose Anforderungen an die Beschäftigten charakterisiert, während gleichzeitig die Personaldecke auf ein Minimum reduziert wird. Überlange Arbeitszeiten und extreme Belastungen für die Beschäftigten einerseits und Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit andererseits sind Ausdruck einer gesellschaftlich verfehlten Nutzung der menschlichen Produktivkräfte.

Innerhalb des Beschäftigungssystems haben atypische Erwerbsformen (Teilzeitarbeit, Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung) zugenommen, die zumindest teilweise auch mit prekären Lebenslagen verbunden sind. Im gesellschaftlichen Mainstream wurde diese Prekarisierung häufig genug jedoch als beschäftigungspolitischer Erfolg gedeutet. Der „aktivierende“ Sozialstaat trug mit dazu bei, dass schlechtere Arbeitsbedingungen zunehmend in Kauf genommen werden müssen und die Unsicherheit der Existenz bis in den Kernbereich abhängiger Arbeit reicht.

Eine breiteres Angebot an Teilzeit und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten kann zwar potentiell die Realisierung differenzierter Erwerbswünsche fördern, gleichwohl zeigt eine Vielzahl von Studien, dass Flexibilisierung in hohem Ausmaß durch betriebliche Bedarfe determiniert ist.

Der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Politik der Umverteilung von unten nach oben schlugen sich in einer zunehmenden Vermögens- und Einkommensungleichheit nieder

2. Wer ist verantwortlich?

Markus Breitscheidel:

Verantwortlich für die momentane Finanzkrise ist nach objektiver Betrachtung das kapitalistische Handeln der Banken und deren Manager. Die ewige Ausrichtung auf die Geldvermehrung durch Zins und Zinseszins ist meiner Meinung nach die eigentliche Ursache. Der Ursprung dieser Krise liegt im stetigen Wachstumsdenken, welcher von vielen durch reine Arbeitskraft nicht mehr gesättigt werden kann. Um ein übersteigertes Konsumverhalten zu finanzieren nimmt man Kredite auf und konsumiert auf Pump. Von der Wirtschaft wird dies seit Jahrzehnten durch Ratenkredite, Leasingangebote... gefördert und unterstützt. Ohne diese Finanzierungsart wäre ein wirtschaftliches Wachstum in den Industrienationen gar nicht mehr möglich.

Alexandra Wagner:

Ursächlich für die gegenwärtige Krise sind dem System des finanzmarktorientierten Kapitalismus eigene Triebkräfte, die auch die Unternehmensstrategien und Managementkonzepte prägen. Verantwortlich sind letztlich alle, die dem zerstörerischen Wirken des finanzmarktorientierten Kapitalismus nichts entgegen setzten oder ihn gar förderten und davon profitierten bzw. zumindest daran partizipierten. Dies sind vor allem - aber keineswegs nur - die Manager und Funktionseliten. Bei der Ermittlung von Verantwortung ist gleichwohl zu berücksichtigen, dass die Einflussmöglichkeiten sehr unterschiedlich sind - je nach dem, an welcher Position im Wirtschafts- und Politiksystem sich die jeweiligen Akteure befanden. Wenngleich Krisen eine unabdingbare Begleiterscheinung des Kapitalismus sind, belegt die unterschiedliche Betroffenheit der Länder im internationalen Vergleich, dass Politik sehr wohl gestaltenden Einfluss hat. Insofern stellt sich die Frage nach der Verantwortung derjenigen, die in Politik und Wirtschaft an den Stellschrauben der Entwicklung drehten, als Wissenschaftler/innen politikberatend tätig waren oder als Medienschaffende politische Entscheidungen mehr oder weniger kritisch begleiteten. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, z. B. um die Agenda 2010 und die „Reformen“ im Arbeits- und Sozialrecht, haben gezeigt, dass der gesellschaftliche Widerstand gegen die Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus zwar vorhanden, letztlich aber zu schwach war. Auch die Gewerkschaften müssen sich fragen lassen, welche Mitverantwortung sie dafür tragen.

3. Welche Mittel sollten zur Krisenbekämpfung eingesetzt werden?

Markus Breitscheidel:

In erster Linie müsste man in den Industrieländern endlich von der wachstumsorientierten Wirtschaftstheorie, die auf ungesättigte Märkte wie z. B. nach 1950 in der BRD aufgebaut ist abstand nehmen. Denn die Märkte in diesen Ländern sind längst gesättigt und verlangen daher nach einer anderen wirtschaftlichen Ausrichtung. In der jetzigen Situation ist allerdings zunächst Geld in Form von Konjunkturpaketen die einzig sinnvolle Maßnahme um die Krise zu überwinden.

Alexandra Wagner:

Die Überwindung der Krise erfordert politisches Umsteuern, ihre Bewältigung kann und darf nicht den Märkten überlassen werden. Zur kurzfristigen Abfederung der Krisenfolgen sind öffentliche Investitionsprogramme und eine die Krisenfolgen begrenzende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erforderlich – beides mit dem Ziel, Beschäftigungsverluste zu begrenzen und die Nachfrage zu stützen. Schon in der Krise müssen jedoch Weichen für eine andere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gestellt werden.

4. Wie verhindern wir neue Krisen?

Markus Breitscheidel:

Ein Umdenken in der Firmenphilosophie von quartalsorientierter Gewinnmaximierung hin zur nachhaltigen Firmenpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze. Ein Lohnverzicht sollte möglichst vermieden werden, denn wie sollte bei sinkenden Einkommen der Binnenmarkt belebt und die hohen Schulden durch die verschiedenen Firmenrettungen und Konjunkturpakete zurückgezahlt werden?

Alexandra Wagner:

Die erste Voraussetzung ist eine Aufarbeitung der vergangenen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Ursachen der aktuellen Krise.

Notwendig ist eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik im Sinne einer Überwindung des marktradikalen Kapitalismus. Es kann nicht um einen Kostensenkungswettbewerb gehen (den zudem keiner gewinnen kann), sondern es muss eine High-Road-Strategie eingeschlagen werden, die auf Innovation, Qualifizierung und Partizipation setzt. Kapitalverwertung muss einer Orientierung auf die Entwicklung menschlicher Produktivkräfte und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen untergeordnet werden. Öffentliches Eigentum muss gestärkt und privates Eigentum an Produktionsmitteln öffentlich kontrolliert werden.